

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO

Band: 106 (2009)

Heft: 1

Artikel: "Armut in in der Schweiz bleibt ein zentrales Thema"

Autor: Fasel, Hugo / Ramser, Franziska

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839900>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

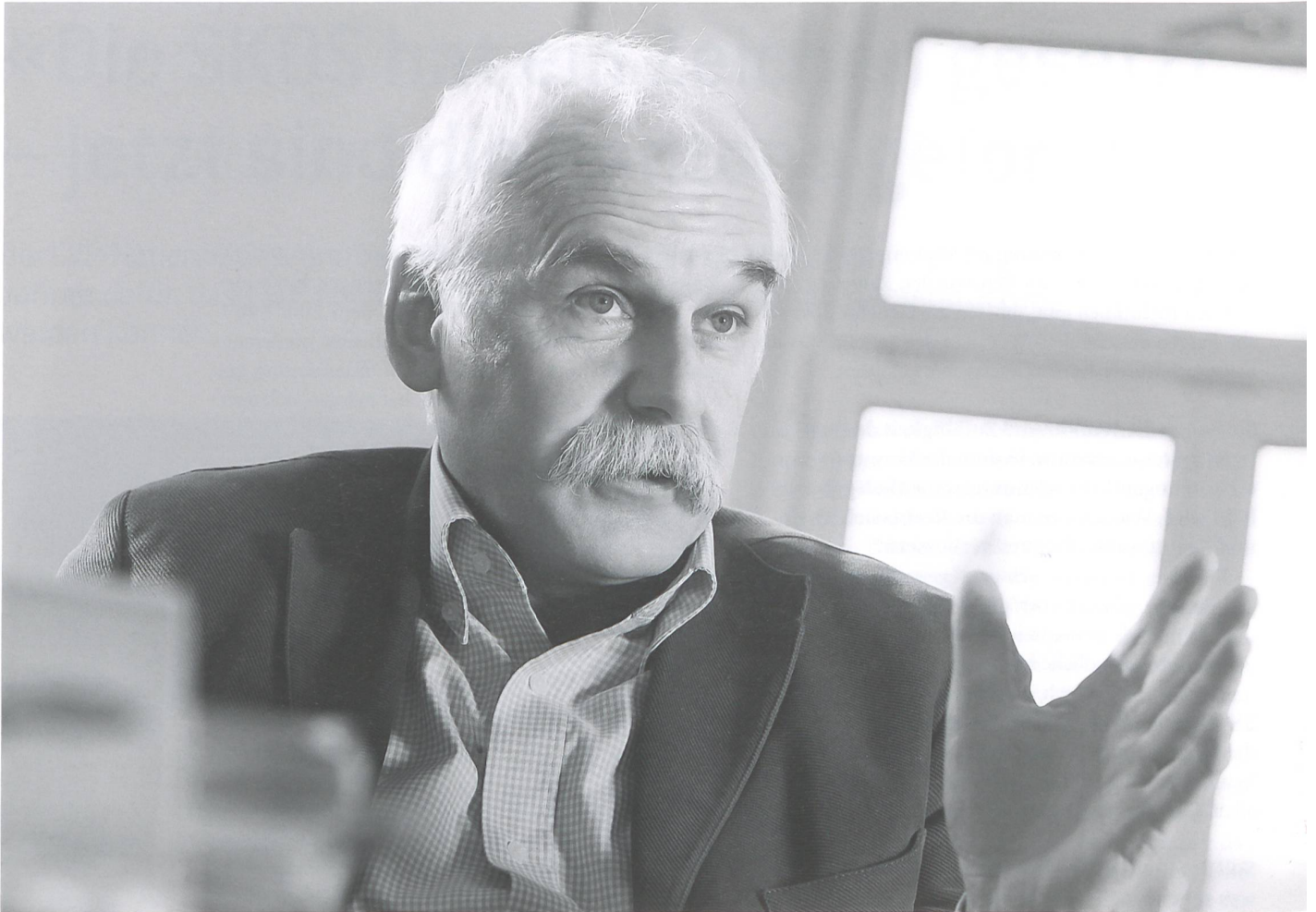
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bilder: Béatrice Devènes

«Armut in der Schweiz bleibt ein zentrales Thema»

Nach 17 Jahren im Parlament hat er den Nationalratsitz mit dem Chefsessel von Caritas Schweiz getauscht. Sein sozialpolitisches Engagement will Hugo Fasel beim Hilfswerk aber fortsetzen.

Herr Fasel, Sie sind seit vier Monaten Direktor des Hilfswerks Caritas Schweiz. Hatten Sie einen guten Einstieg hier in Luzern?

Es war ein steiler Einstieg. Caritas Schweiz ist ein breit angelegtes Hilfswerk mit einem Inland- und einem Auslandsbereich. Ich musste mich zuerst mit allen Angeboten und Leistungen der Caritas vertraut machen. So habe ich in diesen ersten drei Monaten über 20 Teams besucht und die Mitarbeitenden und ihre Tätigkeiten kennengelernt. Jetzt habe ich ein Bild von Caritas und muss sagen: Ich bereue meine Entscheidung, die Leitung des Hilfswerks zu übernehmen, nicht.

Die Parlamentsarbeit und meine vorherige Aufgabe bei Travail.Suisse waren sehr lebendige Tätigkeiten – da könnte man nicht zu einer Arbeit wechseln, bei der es

nichts zu bewegen und zu gestalten gibt. Bei Caritas habe ich diese Möglichkeit.

Vor Ihrem Antritt bei Caritas waren Sie seit 2002 Präsident des Gewerkschaftsdachverbands Travail.Suisse – und haben den Posten als Ihren «Traum-job» bezeichnet. Was hat Sie denn zum Wechsel zum Hilfswerk bewogen?

Ich wusste: Wenn ich noch einmal etwas anderes machen will, dann jetzt. Ich werde im Oktober 54-jährig, es bleiben also noch gute zehn Jahre, um noch etwas aktiv zu gestalten. Ich hatte mir auch kritisch überlegt, ob ich mich von der Parlaments- und Gewerkschaftstätigkeit lösen könnte – trotz laufender Projekte, die ich gern weiterverfolgt hätte. Ich kam zum Schluss: Wenn

sich eine spannende Chance eröffnet, dann packe ich sie. Es stellte sich auch die Frage, in welche inhaltliche Richtung es gehen sollte. Von meiner Grundhaltung wollte und konnte ich nicht abweichen. Ich habe mich seit jeher sozialpolitisch engagiert und mich seit Jahren mit Entwicklungszusammenarbeit befasst: Zuerst in meiner Diplomarbeit an der Uni, dann als Präsident des Hilfswerks Brücke – Le Pont und in den letzten Jahren beim Bund als Präsident der Kommission für Entwicklungszusammenarbeit. Der Wechsel zu Caritas ist zwar eine wesentliche berufliche Veränderung, thematisch liegt die Tätigkeit aber im Spektrum dessen, was mich schon bisher bewegt hat.

Öffentlich stärker wahrgenommen hat man indes Ihr gewerkschaftspolitisches Engagement. Inwiefern wird Ihre langjährige Gewerkschaftserfahrung in Ihre Arbeit bei Caritas einfließen?

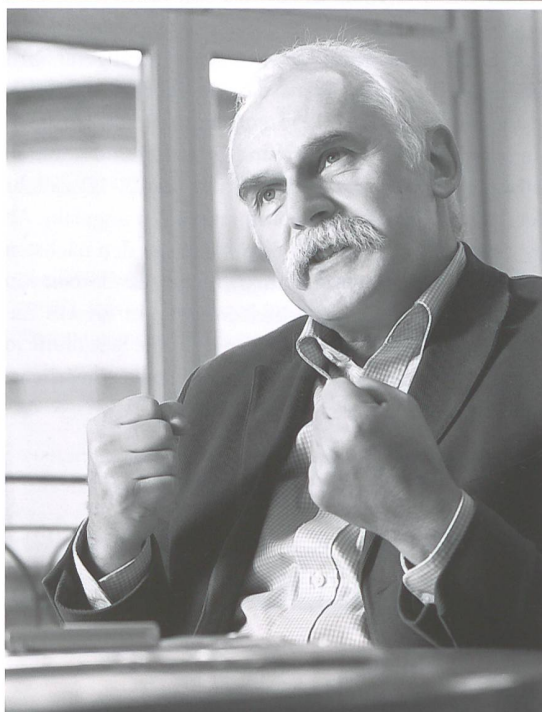
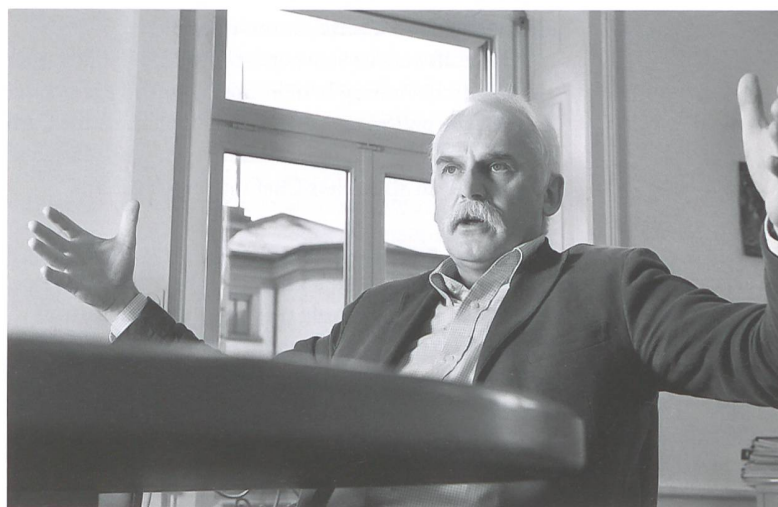
Heute redet man in der Entwicklungspolitik von «Advocacy»: Es geht darum, sich zum Anwalt einer Sache zu machen. Bei der Gewerkschaft habe ich gelernt, dass man nichts ändern kann, wenn man nicht zuerst ein Problembewusstsein schafft. Das wiederum setzt voraus, dass man Problemlagen erkennt, aufzeigt und benennt. Man muss, bei Hilfswerken wie bei Gewerkschaften, komplizierte Themen in eine verständliche Sprache übersetzen. Wenn etwa Leute den Nutzen und die Notwendigkeit von Entwicklungszusammenarbeit anzweifeln, muss man ihnen Beispiele für Lebensrealitäten im Süden aufzeigen: Etwa, dass im Niger die Kinder um 4 Uhr früh in der Dunkelheit aufstehen und zuerst einen dreistündigen Marsch zurücklegen müssen – nur, um das tägliche Wasser heimzubringen. In der Gewerkschaftsarbeit habe ich gelernt: Wenn man etwas bewegen will, muss man die Probleme verständlich darstellen. Dieses Wissen kann ich auch bei der Caritas gut gebrauchen.

Mit dem Amtsantritt in Luzern haben Sie auch Ihr Nationalratsmandat abgegeben – nach 17 Jahren im Parlament. Warum?

Ich habe mir das genau überlegt. Die Parlamentsarbeit ist heute mehr als ein 100-Prozent-Job. Wer etwas bewegen will, muss sich mit voller Kraft, vollem Engagement und voller Präsenz einsetzen können. Wenn der Bundesrat beispielweise nach seiner Mittwochssitzung seine Entscheide mitteilt, so muss man am selben Tag reagieren können. Und wer etwas bewegen will, muss in der entsprechenden Kommission auch eine Leaderfunktion wahrnehmen. Politik fasziniert mich nur dann, wenn ich volle Präsenz leisten kann. Das ist als Caritas-Chef zeitlich nicht zu machen.

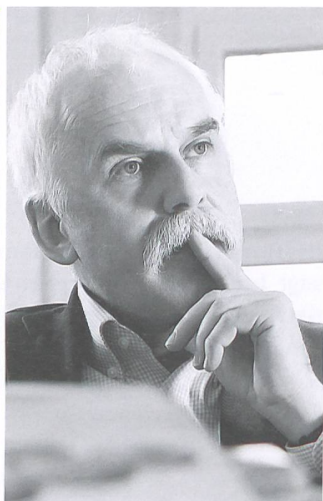
Bei Ihrem Rücktritt im Parlament haben Sie gesagt, bei der Caritas könnten Sie Ihr sozialpolitisches Engagement mit anderen Mitteln fortsetzen. Was meinten Sie damit?

Es gibt ganz verschiedene Instrumente, um Dinge zu gestalten und zu verändern. Jedes hat seine Bedeutung. So war die Caritas in der Vergangenheit eine jener Organisationen, die das Phänomen der neuen Armut in der Schweiz erfasst und in das Bewusstsein der breiten Bevölkerung getragen hat. Erst wenn vorneweg diese Grundlagenarbeit geleistet wird, kann Politik stattfinden. Als Politiker waren diese Grundlagen mein Rohstoff, als Leiter der Caritas Schweiz produziere ich nun diesen Rohstoff für die Politik. Beides ist in gleichem Masse politisch. Das eine ist an die parlamentarische Debatte gebunden, das andere zielt auf die Aufarbeitung von Problemlagen. >



HUGO FASEL

Hugo Fasel wurde bald nach seinem Volkswirtschaftsstudium Zentralsekretär des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz. Ab 2002 präsidierte er den Dachverband der Arbeitnehmenden Travail.Suisse und dessen Hilfswerk Brücke - Le Pont. Fasel ist Mitglied der Christlichsozialen Partei CSP, 1991 bis 2008 sass er für den Kanton Freiburg im Nationalrat. Im Oktober 2008 trat der 53-Jährige von seinen Ämtern bei Travail.Suisse und im Parlament zurück und übernahm die Leitung von Caritas Schweiz. Fasel ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern.



> Dazu kommt, dass ich bei der Caritas unternehmerisch über die Angebote des Hilfswerks entscheiden kann. Das ist politischer Einfluss im eigentlichen Sinn: Statt dass ich Probleme parlamentarisch bearbeite, kann ich bei Caritas konkretes Handeln auslösen.

Wird sich die Caritas unter Ihnen auch stärker in die politische Debatte einmischen?

Das Hilfswerk ist kein parteipolitisches Gebilde, aber der politische Auftrag besteht trotzdem: Um die Grundlage für alle politische Arbeit zu schaffen, muss die Caritas die Politik für sozialpolitische Fragen sensibilisieren. Das werde ich als Caritas-Chef immer wieder tun.

Caritas ist eine die Welt umspannende Organisation, sie engagiert sich aber auch im Inland. Sie betreut hier Asylsuchende und setzt sich im Kampf gegen die Armut ein. Welche Schwerpunkte wollen Sie setzen?

Die Caritas wird in diesem Jahr mit der Strategieentwicklung 2015 anfangen, ich will nun nicht im Voraus Akzente setzen. Fest steht aber: Armut ist ein Schwerpunkt. Die Wirtschaftskrise wird mit zahlreichen Entlassungen wieder diejenigen treffen, die schon in den letzten Jahren bei jeder Umstrukturierung abgeschoben wurden. Ich gehe davon aus, dass die Arbeitslosigkeit bis Mitte Jahr um 60 bis 70 Prozent zunimmt. Alle Gruppen am Rande der Gesellschaft sind betroffen und könnten teilweise wegbrechen. Die EU hat das Jahr 2010 als Jahr der Armut deklariert, das kommt nicht von ungefähr. Alles deutet darauf hin, dass Armut auch in den nächsten Jahren eines der zentralen Themen der Inlandarbeit von Caritas Schweiz sein und bleiben wird. In diesem Zusammenhang wäre auch ein Gesetz, das die Sozialhilfe in einen gesamtschweizerischen Rahmen stellt, wünschenswert. Dagegen wehren sich die Kantone ja teilweise.

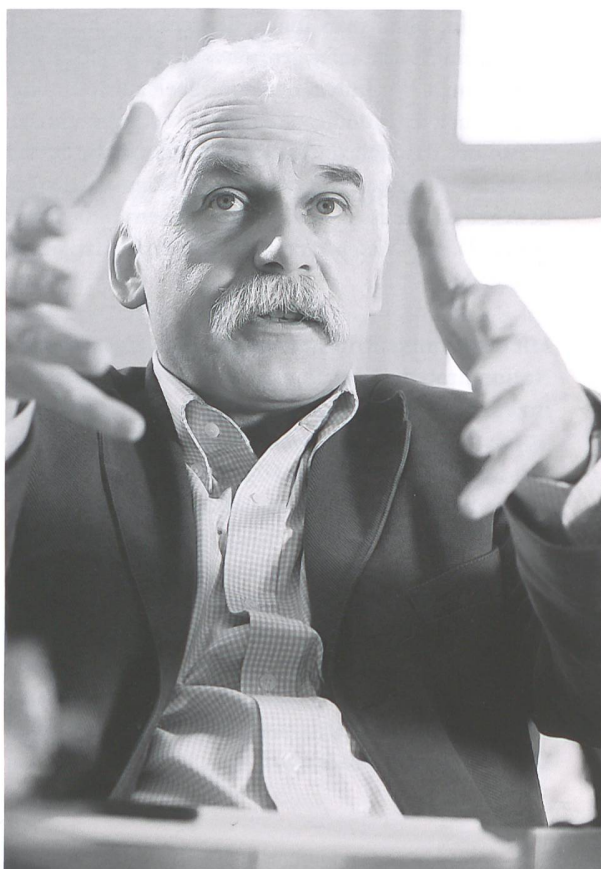
Zentral wird auch die Gesundheitspolitik sein. Es wird immer wieder behauptet, Gesundheit sei eine individuelle Angelegenheit: Man müsse nur ein wenig Sport treiben, und dann bleibe man gesund. Dabei vergisst man, dass Gesundheit auch ein soziales Phänomen ist. Leute, die arm sind, werden viel weniger alt! Die Ärmsten haben eine Lebenserwartung, die vier, fünf und noch mehr Jahre tiefer ist als die anderer Menschen. Die Armutsbekämpfung muss deshalb in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik gerückt werden. Armut macht krank!

Armut ist ja immer auch ein familienpolitisches Thema: Kinder gelten als Armutsrisiko, Alleinerziehende sind viel stärker von Armut betroffen...

...und heute vererbt sich Armut wieder! Das müssen wir unbedingt thematisieren, wenn es um die Frage der Chancengleichheit geht. Deshalb ist etwa die Frühförderung als Integrationsmassnahme für Kinder mit Migrationshintergrund ein starkes Instrument für mehr Chancengleichheit und sozialpolitisch äusserst bedeutsam.

Die Caritas leistet nicht nur Sensibilisierungsarbeit im Bezug auf Armut in der Schweiz, sie stellt auch selber Hilfsangebote bereit. Welche Projekte liegen Ihnen besonders am Herz?

Mein Vorgänger hat die «Kulturlegi» lanciert, mit der Armutsbetroffene günstiger an kulturellen Anlässen teilnehmen können. Das ist wichtig, damit diese Menschen Teil der Gesellschaft bleiben. Die Caritas betreibt zudem Läden, in denen die Leute sehr preisgünstig Lebensmittel kaufen können, wenn sie auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dieses Angebot ist heute nicht mehr wegzudenken. Solche konkreten, handfesten Instrumente liegen mir sehr am Herzen.



«Heute vererbt sich Armut wieder!
Das müssen wir unbedingt thematisieren.»

Wo sehen Sie generell die Schnittpunkte zwischen Hilfswerk und Sozialhilfe?

Auf institutioneller Ebene besteht die Zusammenarbeit darin, dass wir zu gemeinsamen Problemanalysen kommen. Aber auch das konkrete Handeln muss Hand in Hand gehen: Die Caritas stellt beispielsweise ergänzend zur Sozialhilfe Angebote wie die Rechtsberatung, die Kulturlegi oder die Caritasläden bereit. Das setzt gleichzeitig voraus, dass die Mitarbeitenden der Sozialämter auf diese Angebote hinweisen. Wir sind aufeinander angewiesen, das gilt in der Präventionsarbeit ebenso: Die Sozialhilfe ist ja eine Art End-of-the-pipe-Lösung, die Leute werden «hingespült». Die Caritas hat deshalb auch die Aufgabe, sich präventiv zu engagieren. Sie kann beispielsweise politisch pointierter auftreten als etwa die SKOS, deren Positionen nach verschiedenen Seiten hin ausbalanciert werden müssen. Themen klar zu benennen und Aufklärungsarbeit zu leisten, das sind zentrale Aufgaben, die wir zusammen mit vielen andern sozial engagierten Institutionen wahrnehmen müssen.

Welche Präventionsarbeit muss die Caritas angesichts der Wirtschaftskrise konkret leisten? Welche Angebote muss sie bereitstellen?

In der Krise müssen zuallererst die bestehenden sozialpolitischen Instrumente eingesetzt und gestärkt werden. Diejenigen, die ihre Arbeit verlieren, können zuerst die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beanspruchen. Wir müssen uns also dafür engagieren, dass die Arbeitslosenversicherung jetzt nicht ihre Leistungen einschränkt. Man hat die Arbeitslosenversicherung in den guten Zeiten leider nicht saniert, wie ich es forderte – nun setze ich mich halt mit demselben Engagement dafür ein, dass ihre Leistungen nicht abgebaut werden, trotz Defiziten und Schulden. Zudem müssen bestehende kantonale Caritas-Angebote wie Beschäftigungs- und Integrationsprogramme massiv intensiviert werden. Es gibt also nicht unmittelbar einen Wurf an neuen Instrumenten. Wesentlich ist, dass die bestehenden nicht angetastet werden und ihre volle Wirkung entfalten.

In einer rezessiven Phase sind mehr Menschen bedürftig – zugleich wollen und können weniger Menschen Geld spenden. Gerät die Caritas in die Klemme?

Es gibt beim Spenden zwei Ebenen: Die Spenderinnen und Spender aus der breiten Bevölkerung und die institutionellen Spender, wie beispielsweise Stiftungen. In der Grössenordnung, in der die Caritas arbeitet, braucht sie starke und grosszügige Spenden aus Stiftungen mit grösseren Vermögen. Diese entnehmen ihre Spenden üblicherweise den Vermögenserträgen. Nun sind diese Erträge inklusive eines Teils des Vermögens aber dahingeschmolzen. Die aktuelle Krise ist nicht die übliche Art von Krise. So gesehen erwarte ich eine schwierige Zeit für die Hilfswerke. ■

Das Gespräch führte
Franziska Ramser

NACHRICHTEN

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN FÜR FAMILIEN: PROJEKT GESTOPPT

Die Sozialkommission des Nationalrats hat die Vorlage zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien auf Eis gelegt. Nachdem die Kommission im November knapp eingetreten war, sistierte sie die Vorlage, damit die Verwaltung eine Alternative ausarbeiten kann. Ein entsprechender Antrag wurde mit 14 zu 11 Stimmen gutgeheissen. Anlass für den Ordnungsantrag war laut Kommissionspräsident Jürg Stahl (SVP) vor allem die Unsicherheit darüber, ob solche Leistungen auch ins Ausland exportiert werden müssen. Zudem soll es den Kantonen überlassen bleiben, ob sie Ergänzungsleistungen einführen wollen. Die SKOS bedauert diesen Entscheid und wird sich weiterhin für dieses Vorhaben einsetzen.

SCHWELLENEFFEKTE: SOLOTHURN UND URI HANDELN

Der Kanton Solothurn hat seine Praxis beim Eintritt in die Sozialhilfe per Anfang 2009 angepasst. Neu werden bei der Berechnung der Eintrittsschwelle die Leistungen mit Anreizcharakter (Einkommensfreibetrag EFB, minimale Integrationszulage MIZ und Integrationszulage für Nicht-Erwerbstätige IZU) miteinbezogen. Bis anhin wurden diese Leistungen erst bei Bedürftigkeit im Unterstützungsbudget mitberücksichtigt. Dies hatte zu Ungerechtigkeiten geführt, besonders nicht unterstützte Working Poor wurden gegenüber Haushalten mit Anspruch auf Sozialhilfe durch diese Praxis benachteiligt. Auch der Kanton Uri empfiehlt seinen Gemeinden, den EFB neu bei der Berechnung der Ein- und Austrittsschwelle zu berücksichtigen. Die Praxisänderungen der Kantone Solothurn und Uri basieren auf zwei von der SKOS durchgeführten Studien, welche die entsprechenden Ungerechtigkeiten bei der Berechnung der Sozialhilfe aufgezeigt haben.

Weitere Infos:

Solothurn: bernhard.felder@ddi.so.ch

Uri: werner.danioth@ur.ch

SKOS BAUT WEITERBILDUNGS-ANGEBOT AUS

Die SKOS-Weiterbildungen zum Thema öffentliche Sozialhilfe stossen auf reges Interesse. Sowohl die beiden Veranstaltungen vom September 2008 in Goldau als auch jene vom Februar 2009 in Winterthur waren sehr gut besetzt. Aufgrund der grossen Nachfrage wird am 28. Oktober 2009 in Olten erneut eine Weiterbildung zum Thema stattfinden. Auch im 2010 plant die SKOS das Angebot in verschiedenen Regionen durchzuführen.

Weitere Infos: admin@skos.ch